„Mehr Vertrauen in die Marktwirtschaft“

Durch die Corona-Epidemie sieht sich unsere Gesellschaft mit neuen Herausforderungen konfrontiert – auch im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft. Welche Hilfsgelder sollen gewährt werden, welche Lasten bleiben zurück? Darüber sprach bdvb-Präsident Willi Rugen in Berlin mit Reiner Holznagel, dem Präsidenten des Bundes der Steuerzahler.

aktuell: Herr Präsident Holznagel, Herr Präsident Rugen: Hat die deutsche Politik alles richtig gemacht in der Corona-Krise?

Holznagel: Eine Pandemie zu bekämpfen ist eine schwierige Situation, die nur von Experten beurteilt werden kann. In diesem Sinne sind wir alle nur Patienten. Für den Gesundheitsschutz war es sicher richtig, erst einmal zu harten Maßnahmen zu greifen. Und aus Sicht der Steuer- und Wirtschaftspolitik hat die Bundesregierung gut daran getan, ohne langes Zögern Hilfsprogramme in Aussicht zu stellen. Die Hälfte der Wirtschaft ist Psychologie – ein Lockdown ohne Hilfsmaßnahmen wäre fatal gewesen.

Rugen: Das beurteilen wir ähnlich. Wir haben aber auch darauf hingewiesen, dass man in einer Reihe von Bereichen, beispielsweise was das Testen angeht, eigentlich mehr Informationen gebraucht hätte. Und die hätte man meiner Meinung nach auch haben können. Man hätte die Lernkurve schneller hochkommen und verstehen können, wie die Pandemie funktioniert. Vielleicht hätte es uns gelingen können, schneller zu einem einheitlichen regelbasierten Verfahren zu kommen, anstatt ganze Sektoren lahmzulegen.

Holznagel: Wir dürfen es uns aber auch nicht zu einfach machen und uns nicht in eine Situation versetzen, die es real gar nicht gab. Viele Menschen haben anfangs überhaupt nicht auf Abstandsregeln oder andere Schutzvorkehrungen geachtet. Das war beispielsweise in Schweden anders, weshalb man dort einen anderen Weg gewählt hat. Sorge bereitet mir, wie schnell in Deutschland über das Gesundheitssystem und zusätzliche Aufgaben diskutiert wird. Nur ein Beispiel: Ein allgemeines Testverfahren würde die gesetzlichen Krankenversicherungen dermaßen belasten, dass wir mit einer Beitragssteigerung von ein bis zwei Prozentpunkten zu rechnen hätten. Es darf aber nicht sein, dass die Kosten für politisch gewollte Test-Ausweitungen allein den Krankenkassen aufgebürdet werden. Die Corona-Epidemie ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Daher kann die Regierung die gesetzlich Pflichtversicherten nicht mit der Kostenfinanzierung alleine lassen.

Soll der Staat denn Kosten übernehmen, um Unternehmen am Leben zu halten? Oder liegt das im Bereich des unternehmerischen Risikos?

Holznagel: Viele Unternehmungen sind sozusagen politisch bedingt in die Krise geraten. Es war kein wirtschaftliches Fehlverhalten, kein Marktversagen. Beispiel Lufthansa: Sie fliegt ja deshalb kaum noch, weil es Reisebeschränkungen gibt. Andererseits gibt es Branchen, die schon vor der Krise gebeutelt waren und aus meiner Sicht schwierige Zukunftsperspektiven hatten. Hier muss man aufpassen, dass man nicht die Verlängerung eines gescheiterten Geschäftsbetriebs sichert.

Rugen: Was als Geschäftsmodell vorher funktioniert hat, ist in der Regel auch wert erhalten zu werden. Die Märkte werden teilweise natürlich andere sein, daran müssen

sich die Unternehmen anpassen. Aber das tun sie ja auch, wenn ich mir z.B. eine TUI anschaue. Den amerikanischen Weg zu gehen – Was schließen muss, das schließt – halte ich aufgrund der volkswirtschaftlichen und sozialen Kosten für falsch. Aus Sicht der Steuerzahler ist das vielleicht anders, denn die Steuerzahler müssen ja für die Hilfsmaßnahmen aufkommen...

Holznagel: Ich möchte klar und deutlich sagen: Die Hilfe kommt nicht von der Politik! Wenn jetzt Gelder bereitgestellt werden, dann handelt es sich um Steuergelder, die vom Steuerzahler erwirtschaftet werden – sei es in der Vergangenheit oder in der Zukunft. Insofern sind die staatlichen Maßnahmen in Wirklichkeit eine Form der Selbsthilfe! Trotzdem darf man keinen gescheiterten Geschäftsbetrieb verlängern. Genau das ist für Politiker schwer zu entscheiden. Deshalb warnen wir davor, Hilfsmaßnahmen pauschal für ganze Branchen zur Verfügung zu stellen. Sie müssen für denjenigen gelten, der tatsächlich Einbußen hatte und dies anhand von Umsatzzahlen belegen kann. Die Krise hat den Nebeneffekt, dass Transformationsprozesse beschleunigt werden. Die muss man jetzt auch zulassen.

Wenn der Staat aber hilft und sich finanziell engagiert, soll er dann auch Kontrolle ausüben?

Holznagel: Das ist eine interessante Debatte. Augenscheinlich würde man ja meinen: Wenn der Staat sich beteiligt, soll er auch geschäftlich mitreden. Aber diese Betrachtungsweise unterstellt, dass die Beteiligung freiwillig geschieht und der Staat nach Gewinnmaximierung und Wirtschaftlichkeit strebt. Beides ist nicht der Fall. Der Staat beteiligt sich, weil Unternehmen durch staatliche Maßnahmen in die Krise geraten sind, und er verfolgt Ziele, die möglicherweise dazu führen, dass sie nie mehr wirtschaftlich sein werden. Ich möchte auf keinen Fall sehen, dass Politiker in Vorständen oder Aufsichtsräten sitzen. Eine Staatsbeteiligung ist ohnehin das letzte Mittel. Wenn sie sich nicht vermeiden lässt, dann kommt für mich nur eine stille Beteiligung in Frage – und die muss von Anfang an mit einem verbindlichen Verfallsdatum versehen sein. Ich denke nur an die Commerzbank: Hier sind wir immer noch beteiligt! Die Finanzkrise ist nun einige Zeit her, wir haben schon die nächste Krise und niemand denkt daran, aus der Commerzbank auszusteigen.

Rugen: Ich glaube, was Staatsbeteiligungen angeht, denken wir relativ ähnlich unter den Verbänden. Kontrolle durch den Staat ist nicht immer sinnvoll. Bei der

Reiner Holznagel studierte Politikwissenschaft, öffentliches Recht und Psychologie. Seit Juni 2012 ist er Präsident des Bundes der Steuerzahler

Fotos: Jacek Ruta

Commerzbank muss man fairerweise dazusagen: Eine Situation, in der der Bund seinen Anteil ohne finanziellen Schaden hätte veräußern können, hat es in der ganzen Zeit seither nicht gegeben. Insofern hätte wahrscheinlich jede Art von Handlung oder Maßnahme, die der Bund da vorgenommen hätte, Kritik auf sich gezogen, weil die Handlungsoptionen einfach nicht vorteilhaft waren.

Holznagel: Damit nivellieren wir aber, dass es in jedem Fall etwas kosten könnte. Problematisch ist, dass viele Politiker suggerieren: Wenn wir da einsteigen, wird es vielleicht sogar ein Asset für den Steuerzahler. Doch das ist nicht die Aufgabe! Die Aufgabe ist, Arbeitsplätze zu sichern und gesunde Unternehmen mit Systemrelevanz oder kritischer Infrastruktur am Leben zu erhalten. Ansonsten haben wir immer wieder die Situation, dass es mit dem Exit gerade nicht passt, und weil es gerade nicht passt, können wir getrost ein paar politische Forderungen bei den Unternehmen platzieren und z.B. sagen: Mit der Lufthansa haben wir jetzt die Verkehrswende.

Rugen: Ein anderer Gesichtspunkt ist, ob die gewährten Kredite, die die Unternehmen ja zurückzahlen müssen, später zu einer Wachstumsbremse werden. Denn eine Folge ist natürlich, dass die Verschuldung dieser Unternehmen sich erhöht hat und dass die Investitionskapazität, also was man später für Forschung und Entwicklung, neue Märkte oder neue Anlagen übrig hat, sich reduziert. Die betreffenden Unternehmen gehen dann mit einer höhe-

ren Belastung in den Wettbewerb, als sie es sonst getan hätten.

Holznagel: Wir müssen sehen, wie mit diesen Belastungen in Zukunft umzugehen ist. Ich finde aber schon, dass wir uns auch an dieser Stelle nicht frei von Belastungen reden können. Natürlich haben die Unternehmen dann diese Hypothek. Aber wir Steuerzahler haben sie ja auch! Jeder hat in irgendeiner Form mit einer gewissen Belastung zu tun. Der Lohn dafür ist die Gesundheit: dass wir nicht solche Situationen hatten wie in der Lombardei oder anderswo. Das muss uns allen bewusst sein.

War es richtig, dafür die Schuldenbremse zu lockern?

Holznagel: Seit 2014 schreibt der Bund die sogenannte Schwarze Null. Damit hält er natürlich die Schuldenbremse ein, aber er erfüllt auch seine grundsätzliche Aufgabe der Haushaltsführung, mit ausgeglichenen Haushalten zu arbeiten – und zwar aus eigener Kraft, ohne Neuverschuldung! In der Diskussion kommt das immer ein wenig zu kurz. Erst als die Schuldenbremse als mahnende Komponente in der politischen Debatte war, hat es der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble geschafft, die Schwarze Null zu halten.

Rugen: Trotzdem wurden die öffentlichen Haushalte in der letzten Zeit nicht so geführt, dass größere Überschüsse hätten entstehen können. Wir haben es zwar geschafft, die Lasten der Finanzkrise innerhalb von zehn Jahren weitgehend loszuwerden. Das ist nicht allen europäischen Volkswirtschaften gelungen. Aber jetzt kommt auf einmal die nächste Krise und ich frage mich, ob wir uns alle zehn Jahre so einen Kollateralschaden leisten können. Ob wir nicht in Zeiten, in denen das Wachstum wieder zurückkehrt, eine andere Art von Haushaltsdisziplin erreichen müssen, um die Lasten wieder loszuwerden, die jetzt entstanden sind.

Holznagel: Gut, jetzt haben wir die Schuldenbremse ausgesetzt. Aber ein positiver Effekt ist, dass der Staat gezwungen ist, Tilgungspläne vorlegen zu müssen. Das, so glaube ich, ist ein Schlüsselpunkt für die Glaubwürdigkeit seriöser und nachhaltiger Finanzpolitik – dass man in jedem Fall auch anfangen muss, seine Schulden zu bedienen, so wie es jeder Privathaushalt machen würde. Deswegen sollten wir die Schuldenbremse als vernünftige Rahmenbedingung für das seriöse Handeln des Staates begreifen.

Sehen Sie Themen, die durch Verbände wie den bdvb und den BdSt gemeinsam vorangetrieben werden sollten?

Holznagel: Ja, mehr Rückhalt und Vertrauen in die Marktwirtschaft! Ich stelle

PERSPEKTIVEN

Fachgruppe Financial Services wird zum Fachausschuss Finanzmärkte

Kryptowährungen, Robo-Advising, digitale Zahlungsmittel, Finanz-Apps aber auch Kapitalmarktanalyse, Risikoabsicherung, Portfolioverwaltung, Venture Capital, Private Equity, Leasing- und Kredit-Finanzierungen: Kaum ein Thema unterliegt einem so tiefgreifenden Wandel und bietet gleichzeitig so vielfältige Facetten wie das Fachgebiet der Finanzmärkte. Zugleich betrifft es jeden von uns persönlich und beruflich direkt.

Die Neuausrichtung der bisherigen FG Financial Services als Fachausschuss (FA) Finanzmärkte soll dem Wandel der Finanzmärkte und deren Digitalisierung Rechnung tragen. Mit dieser Ausrichtung möchten wir den Austausch von praktischem Wissen über Finanzmärkte im bdvb intensivieren. Wenn Sie sich für eine Mitarbeit begeistern können, freuen wir uns, von Ihnen zu hören. Welche Wünsche und Ideen möchten Sie einbringen?

Ansprechpartner: Hartmut Jaensch, Prof. Dr. Alexander Zureck, Gunnar Ummen (E-Mail: fa-finanzmaerkte@bdvb.de) «

fest, dass wir uns immer mehr daran gewöhnen, dass der Staat lenkend eingreift und am Ende für alles verantwortlich sein soll: dass genügend Schutzmasken und Schutzkleidung da sind, dass dies alles bezahlt wird, dass die Bevorratung organisiert wird oder massenhaft Tests durchgeführt werden. Verbände, die sich der Sozialen Marktwirtschaft verschrieben haben, müssen wesentlich mehr dafür tun, dass mehr Marktvertrauen, mehr wirtschaftliches Vertrauen in der Bevölkerung entsteht.

Rugen: Wir sind uns vermutlich auch darin einig, dass mehr Sachverstand, mehr Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge in der breiten Bevölkerung und auch in der jungen Generation, dafür hilfreich wäre. Ökonomische Bildung ist dem bdvb ein wichtiges Anliegen. Wir befürworten auch die Einführung eines Schulfachs Wirtschaft an allgemeinbildenden Schulen wie z.B. aktuell in Nordrhein-Westfalen. Wer über wirtschaftliches Hintergrundwissen verfügt, trifft bei seiner Altersversorgung andere Entscheidungen, kann steuerliche Zusammenhänge besser beurteilen oder weiß, was Freihandel oder Handelshemmnisse für Auswirkungen auf seine Branche oder seinen Arbeitsplatz haben.

Holznagel: Wir brauchen eine Bildungsoffensive – mehr wirtschaftliches Verständnis in allen schulischen Lagen bis hin zu den Universitäten. Ich bin Politologe, und in meiner Ausbildung habe ich nicht ein einziges Mal etwas über Steuern gelernt! Zudem organisiert der Staat immer mehr die Quellenbesteuerung. Dem Staat ist es am liebsten, dass er seinen Steueranteil gleich dort abzieht, wo er entsteht, ohne dass es beim Einkommen- oder Kapitalertragssteuerzahler überhaupt über den Tisch läuft. Wie liefe die Diskussion um die Steuer- und Finanzpolitik, wenn es so wäre, dass jeder Arbeitnehmer zunächst sein Bruttogehalt vom Arbeitgeber bekäme und er dann die Krankenkasse, das Finanzamt etc. pp. aktiv bedienen müsste? Auf jeden Fall wären die Menschen bei der Steuerpolitik dann viel aufmerksamer dabei und würden mehr nachfragen. Solange das Thema Steuern für viele nur an einem Wochenende – für die Dauer ihrer Steuererklärung – eine Rolle spielt, wird die Politik Spielräume haben, über heimliche Steuererhöhungen mehr Geld für den Staat zu organisieren. Deshalb brauchen wir mehr Verständnis, mehr Bildung und eine intensive Debatte über die Steuer- und Finanzpolitik!

Rugen: Dafür setzen wir uns ein. Vielen Dank, Herr Holznagel, für dieses Gespräch. «

FA Wirtschaftsinformatik: Kongress Krankenhausführung & digitale Transformation

Dem Organisationsteam rund um Dr. Pierre-Michael Meier ist es gelungen, den ursprünglich in Neuss geplanten Kongress auf ein digitales Format umzusetzen. Virtuelle Podien und Workshop-Räume auf Basis eines Videokonferenztools kombiniert mit der Teilnahme über Chat via Youtube-Kanal wurden aktiv genutzt.

Der bdvb war vertreten durch Rüdiger Wüst, Sprecher des Fachausschusses Wirtschaftsinformatik und Informationsmanagement. Er leitete mit Wolfgang Mueller, Landesvorsitzender der VKD e.V. und Geschäftsführer der Vestischen Caritaskliniken, die Session am Donnerstagmorgen. U.a. spielte dabei die Anpassung eines Onboarding-Systems (Klinikaufnahme) an die aktuelle Situation und organisatorische Umgestaltung (Covid-19-Station) eine große Rolle. Parallel fand der Vorbereitungskurs zur Prüfung für den Certified Healthcare CIO ebenfalls als digitaler Kurs statt.

Einen bewegten Eindruck vermittelt der Kanal der Entscheiderfabrik unter diesem Link:

https://www.youtube.com/user/ENTSCHEIDERFABRIK «